

17.06.2008

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2487
des Abgeordneten Dr. Karsten Rudolph SPD
Drucksache 14/6729

pro NRW

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2487 vom 6. Mai 2008:

In einer aktuellen Studie der Fachhochschule Düsseldorf hat die Arbeitsstelle Neonazismus die Struktur und politische Methodik von pro NRW und pro Deutschland untersucht. Bei beiden Vereinigungen handelt es sich demnach um "*eine neue Form von extrem rechter öffentlicher Selbstinszenierung*". Die Vereinigungen treten als Bürgerbewegung auf, die die Bürger über lokale Themen wie Islamismus, Gewalt durch Ausländer und Moscheebau informieren will. Mit dieser Tarnung und durch harmlos wirkende Unterschriftenaktionen ködern sie Bürger, gelangen an ihre Unterschriften und Daten, und versenden dann Einladungen zu rechts-populistischen Veranstaltungen. In diesem Sinne will die rechte Vereinigung pro NRW bei den kommenden Kommunalwahlen 2009 als selbstbetitelt "Anti-Islam-Partei" antreten.

Ich frage vor diesem Hintergrund die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Studie der Fachhochschule Düsseldorf?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Vorgehen von pro NRW im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009?
3. Wie will die Landesregierung die Bevölkerung über pro NRW und ähnliche Gruppierungen bei der kommenden Kommunalwahl aufklären?
4. Wie will die Landesregierung insbesondere Jung- und Erstwähler aufklären?

Datum des Originals: 16.06.2008/Ausgegeben: 20.06.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

5. Welche finanziellen Mittel setzt die Landesregierung hierfür ein?

Antwort des Innenministers vom 16. Juni 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

Vorbemerkung

Die Gruppierungen „pro NRW“ und „pro Köln“ sind bekannt. Auf die Antwort der Landesregierung zu den Kleinen Anfragen 2107 (Drucksache 14/5826) und 2222 (Drucksache 14/6150) wird verwiesen. Zu „pro Köln“ werden seit dem Verfassungsschutzbericht 2000 regelmäßig die Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung dargestellt. Zwischen „pro Köln“ und „pro NRW“ besteht eine personelle Verflechtung. Unter anderem ist Vorsitzender beider Vereinigungen der Rechtsanwalt Markus Beisicht.

Zur Frage 1

Die Studie und deren Verfasser sind bekannt, ebenso die inhaltlichen Ausführungen zu „pro Köln“ und deren Funktionären. Für die Landesregierung enthält die Studie keine neuen Erkenntnisse.

Zur Frage 2

Ziel von „pro NRW“ ist es nach eigener Aussage, an das Wahlergebnis von „pro Köln“ bei der Kommunalwahl 2004 (4,1%) anzuknüpfen und 2009 in verschiedenen Städten des Rheinlandes (Köln, Leverkusen) sowie im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen, Duisburg, Bottrop) und eventuell darüber hinaus anzutreten. Hierzu wurden Bezirksverbände gegründet, für die zwar in NRW flächendeckend Ansprechpartner benannt sind. Die Personaldecke scheint aber vergleichbar dünn zu sein.

„Pro NRW“ bezeichnet sich selbst als „Anti-Islam-Partei“, „nonkonform“ und „rechtspopulistisch“ und will versuchen, in Anlehnung an das Konzept von „pro Köln“ mit Themenfeldern wie beispielsweise „geplante Moschee-Bauvorhaben“ und „Kriminalitätsrate bei jugendlichen Ausländern“ Wählerstimmen zu gewinnen.

Zur Frage 3

Die Landesregierung hält die Aufklärung über Rechtsextremismus für eine wichtige Aufgabe, der sie beispielsweise durch die Darstellung im jährlichen Verfassungsschutzbericht, in Broschüren, bei Veranstaltungen usw. nachkommt.

Ganz wesentlich kommt es der Landesregierung aber darauf an, dass die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen rechtsextremistische Ideologieelemente selber erkennen können, die sich hinter den populistischen Scheinlösungen anstehender gesellschaftspolitischer Herausforderungen verbergen. Die Aufklärung über Rechtsextremismus ist deshalb eine dauernde Aufgabe, die unabhängig von Wahlterminen verfolgt wird.

Sichtbar wird allerdings gegenwärtig, wie rechtsextremistische Gruppierungen gezielt versuchen, ihre Einflussmöglichkeiten durch eine verstärkte Präsenz in den Kommunen zu verbessern. Deshalb hat die Landesregierung beispielsweise mit der "Landeskoordinierung Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus" und mit der verstärkten Vernetzung der Kommunen untereinander – den Beginn wird die Kommunaltagung im Juni 2008 markieren, die zusammen mit den nordrhein-westfälischen kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt wird – Angebote entwickelt, die die Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene deutlich stärken werden.

Zur Frage 4

Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Innenministeriums und der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen sollen helfen, gerade auch Jung- und Erstwähler über Rechtsextremismus und -populismus aufzuklären. Verantwortlich sind je nach Inhalt, Zielgruppe und fachlicher Gestaltung die Landeszentrale für politische Bildung oder der Verfassungsschutz, teilweise auch gemeinsam.

Zu den Veranstaltungen gehörten bzw. gehören unter anderem die regelmäßigen Präventionstage „Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus“, die über das rechtsextremistische Treiben im Internet und Musik mit rechtsextremistischen Inhalten aufklären (seit 2005), und der Nordrhein-Westfalen-Tag in Wuppertal unter dem Motto „Wuppertal bewegt.Sich.Mich.Dich“ vom 29. bis 31.08.2008, (Hier wird die Landeszentrale für politische Bildung eine Veranstaltung - Arbeitstitel „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ durchführen).

Interessenten und Multiplikatoren wird eine Vielzahl von Büchern (so z. B. „Stefan Glaser / Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“, „Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen - Organisationen - Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft“ und „Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus“) und Multimedia-Produkten (so z.B. die Video-Podcast-Reihen "Recht haben", und die aktuelle DVD "Rechtsextrem - zwischen Lifestyle und Gewalt", die mit zehn Dokumentationen u. a. zu den Themen rechtsextremer Marken, Mode und Musik, über rechtsextreme Internet-Angebote, über die Rolle von jungen Frauen in der rechtsextremen Szene informiert und über Möglichkeiten, sich gegen rechte Parolen zu wehren) angeboten.

Aktuell hat die Landeskoordinierungsstelle „Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ in der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ihre Arbeit aufgenommen. Die Landeskoordinierungsstelle unterstützt vor Ort in den Kommunen staatliches und nicht-staatliches Engagement gegen Rechtsextremismus, gerade auch von Jugendlichen - unter anderem durch persönliche Beratung in den Kommunen, aber auch durch öffentliche Veranstaltungen.

Die Landesregierung wird in allen Regierungsbezirken ein Netz von Fachleuten sowohl staatlicher als auch nichtstaatlicher Institutionen knüpfen - mit Verantwortlichen aus Kommunalpolitik, Kirchen, Jugendarbeit, Integrationsarbeit, Bürgerinitiativen etc. Mit externen Fachleuten wird sie helfen, wenn vor Ort rechtsextreme Tendenzen auftauchen.

Zur Frage 5

Allein die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen fördert 53 Weiterbildungseinrichtungen, die sich gerade auch dem Thema "Jugend und Rechtsextremismus bzw. -populismus" widmen.

Darüber hinaus gibt es Projekte und Maßnahmen der Landesregierung an den verschiedensten Stellen (z. B. die Aufklärungsarbeit der Polizei, des Verfassungsschutzes an den Schulen, Präventionsarbeit/Jugendbereich usw.), die darauf ausgerichtet sind, die Demokratie zu stärken und gerade auch Jung- und Erstwähler über antidemokratische Tendenzen aufzuklären. Daher lässt sich keine konkrete Antwort darauf geben, wie viele finanzielle Mittel insgesamt eingesetzt werden.